



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Parteibewegung in Osterreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

stimmten kunstgeschichtlichen Periode zu brauchen, mußte jene Naivität unwiederbringlich verloren gehen. Die alten Bilder, die man 1784 aus der Kirche beiseitigt, und aus denen sich der Thürmer inzwischen Taubenschläge zusammengezimmert hatte, wurden 1815 von dem kunstfeifrigen jungen Kaufmann Johann Gottlieb Quandt in ihrem Versteck wieder aufgestöbert, wurden gereinigt und wiederhergestellt, und heute füllen sie das altdeutsche Zimmer des Leipziger Museums.



Parteibewegung in Österreich.



er im verflossnen Frühjahr gemachte Versuch der Gründung einer Partei, welche auf dem Boden der Demokratie eine Verständigung zwischen Deutschen und Slaven in Österreich anstreben wollte, ist kläglich gescheitert. Aber er war immerhin ein Symptom der beginnenden Zersetzung der alten Parteien, welche heute schon so augenfällig ist, daß nur der verknöcherte Fraktionsmensch sich noch über die Lage täuschen kann. Die Zersetzung gänzlich in Abrede zu stellen, wagt auch eigentlich niemand mehr; aber wie gewöhnlich sehen die Politiker von Profession nur, was auf der andern Seite vorgeht. Darin unterscheiden sich Rechte und Linke, Föderalisten und Zentralisten, Tschechen, Polen und Deutsche durchaus nicht von einander. Und da jede Partei in der Lage ist, Zwistigkeit und Abfall im Lager der Gegner konstatiren zu können, so besteht überall eine siegesfrohe Stimmung. Auf welcher Seite diese von Dauer sein wird, ist abzuwarten.

Im Augenblick macht sich also überall Gährung und Bewegung bemerklich. Ist, wie gesagt, die „Volkspartei“ nicht zustande gekommen, hat sich Dr. Fischhof enttäuscht wieder in seine Einsamkeit zurückgezogen, sind Freiherr von Walterskirchen und andre Sezessionisten bei der Neuwahl für das Abgeordnetenhaus unterlegen, so existiren doch Elemente genug, welche der Verfassungspartei den Krieg aufs äußerste erklären, und wenn sie bisher in den Wahlkämpfen durchweg den kürzeren gezogen haben, so ist die Wahrscheinlichkeit nicht gering, daß die Erweiterung des Wahlrechts das Verhältnis verschieben werde.

Neben diese demokratische Mittelpartei, welche erst hofft, in das Parlament zu gelangen, stellt sich nun eine andre Mittelpartei, aus Abgeordneten bestehend, welche lediglich durch die Abneigung gegen die Rechte und gegen die Linke vereinigt zu werden scheinen; außer einigen konservativen Deutschen Vertreter von Nationalitäten, welche weder da noch dort die erwünschte Berücksichtigung zu finden hoffen, während ihre Stimmen möglicherweise ausschlaggebend werden können, sobald sie eine besondre Fraktion bilden: Italiener aus Südtirol, Görz, Triest, Dalmatien, dazu die wenigen Ruthenen. Die letztern waren vor Zeiten im Besitz einer solchen Macht und daher stets viel umworben. Aber seitdem in Galizien die Polen unumschränkt gebieten, ist die Zahl der Ruthenen im Reichsrath so sehr zusammengeschmolzen, daß sie für sich keine Bedeutung haben. Nun soll Graf Coronini, den von sich gestoßen zu haben die Deutschen, wie es scheint, noch immer als einen Akt politischer Weisheit betrachten, es übernommen haben, aus diesen verschiedenen Bestandteilen einen Körper zu bilden. Daß

Graf Taaffe die Bildung der neuen Partei begünstige, wird behauptet und ist wohl glaublich. Ein noch so kleines Häuflein reichstreu und konservativ gesinnter Männer kann ihn aus der Verlegenheit befreien, sich den Beistand der Slaven und Ultramontanen durch immer neue Zugeständnisse sichern zu müssen. Ebenso begreiflich ist es, daß die Rechte auf die neue Fraktion nicht besser zu sprechen ist als die Linke, welche die Südtiroler und Ruthenen meistens als Bundesgenossen hatte.

Gleichzeitig hat sich von der Rechten eine Gruppe abgezweigt. Da sie vorläufig nur aus drei Stimmen besteht, wird sie das Stimmenverhältnis im Hause nicht wesentlich ändern; aber die Person des Führers, Hofraths Lienbacher aus Salzburg, und das eingestandene Motiv des Abfalls machen diesen sehr beachtenswert. Lienbacher ist als die bedeutendste Kapazität der klerikalen Partei allerseits anerkannt; ein tüchtiger Jurist, im Staatsdienst ergraut, schlagfertig, hat er der Linken schon viel Herzeleid bereitet. Ob aus freiem Entschluß, ob von seinen deutschen Wählern gedrängt — genug, er hat den slavischen Bundesgenossen einen Absagebrief geschickt, er will nicht mehr die Geschäfte der Feinde des Deutschtums besorgen. Die klerikalen Abgeordneten aus Tirol, Steiermark, Oberösterreich haben ihm nicht folgen wollen, aber es ist sehr fraglich, ob sie auf ihrem Standpunkte werden beharren können. Denn ihre Wähler sind doch immer so gut deutsch wie katholisch, und der Schritt Lienbachers dürfte diese stutzig machen.

Wären die Herren von der Verfassungspartei auch nur im mindesten Politiker, so würden sie die Karte, die ihnen so unerwartet in die Hand fällt, ausnutzen. Sie haben in neuerer Zeit das deutsche Banner aufgepflanzt, und mit allem Recht, denn alle Sophismen offiziöser Federn schaffen die Thatsache nicht aus der Welt, daß heute das Deutschtum in Osterreich von allen Seiten und mit allen Mitteln bedrängt wird. Sie haben nicht Bitterkeit genug aufbringen können gegen diejenigen Deutschen, welche im Heerbann der Tschechen und Polen marschiren. Jetzt tritt ein Moment ein, wie in der Schlacht bei Leipzig, die Hilfsvölker fallen vom Feinde ab, die Macht der Deutschen wäre um ebensoviel zu verstärken, als die Gegner einbüßen, es wäre ein viel wichtigerer moralischer Erfolg zu erzielen. Aber das Kommando führen Doktrinäre! Das Phantom der achtklassigen Volksschule ist ihnen doch noch wichtiger als die Nationalität. Ein Abgeordneter der Stadt Wien hat in diesen Tagen seinen Wählern neuerdings auseinandergesetzt, weshalb auf diesem Punkt nicht nachgegeben werden dürfe. Aus dem Lehrplan der Volksschule wolle man die Naturwissenschaften und die Verfassungskunde streichen, nur solche Lehrer sollen einer Klasse vorstehen können, welche die Befähigung besitzen, in der Religion der Mehrheit der Schüler Unterricht zu erteilen, den kleinern Gemeinden solle gestattet werden, die Schulpflicht abzukürzen, damit aber werde der Volksschule „ihr bestes geraubt.“ Dann folgten die herkömmlichen Umschreibungen der abgenützten Phrasen: Bildung macht frei, Bildung macht kräftig, Bildung macht glücklich. Dazu klatschen die Hörer wütenden Beifall, Wiener „Gebildete,“ welche entweder keine Ahnung haben von den Zuständen und Bedürfnissen in den „kleinen Gemeinden“ untrer armen Gebirgsländer oder vom Haß gegen die konfessionelle Schule erfüllt sind, in der sie, und wohl mit Grund, ein Hauptbollwerk gegen die mit reizender Schnelligkeit umsichgreifende Verjudung erblicken. Unklare Köpfe auf der einen Seite, jene sehr klaren, ihr Ziel fest im Auge haltenden auf der andern werden wahrscheinlich noch lange in den großen

Städten jenen Nebel fabriziren dürfen, den man öffentliche Meinung nennt, und man wird einen deutschen Bezirk nach dem andern an das Slaventum verlieren, damit der künftige Holzknecht Unterricht im Verfassungsrecht und in der Darwinischen Schöpfungsgeschichte erhalte.

In einer andern Hauptfrage rücken die brutalen Thatsachen der Theorie auch schon in Wien gewaltig auf den Leib. Bis vor kurzem wurde noch jeder als Cretin geschildert, der nicht auf das Evangelium von Manchester schwur. Aber seitdem in Wien Gewerbsleute aus verschiedenen Kronländern einen „Tag“ abgehalten und ohne Umschweif den Advokaten und Journalisten erklärt haben, sie wüßten selbst, wo sie der Schuh drücke und würden sich nicht fürder bevormunden lassen von Leuten, die im eignen Lebensberuf die Schranken aufrecht erhalten, welche sie dem Gewerbsmann verweigern wollen — seitdem hat sich der Herolde des Freihandels eine elegische und sorgenvolle Stimmung bemächtigt. Einzelne Abgeordnete wagen sogar, wie unmittelbar nach dem oben zitierten einer seiner Spezialkollegen, auszusprechen, daß der Sozialismus nicht, wie Giskra einst behauptet hatte, durch die schwarzgelben Grenzpfähle zurückgehalten werde, und daß die Forderungen der Gewerbtreibenden nicht ohne Berechtigung seien. Dabei ereignete sich folgender köstliche Zwischenfall. Der Redner formulirte die Frage so: „Ob bei bestimmten Gewerben, welche niemand, ohne sie vorher gelernt und ohne vorher darin gearbeitet zu haben, ausüben kann, der Nachweis der Lehrzeit und der Gehilfszeit notwendig sei oder nicht.“ Darauf riefen Wähler ihm zu: „Nein, das ist nicht notwendig!“ Natürlich! Wenn zur Eröffnung eines Kleidermagazins oder zur Einrichtung einer Maschinensabrik oder einer Seidenweberei Fachkenntnisse nachgewiesen werden müßten, würden viele Leute in arge Verlegenheit geraten. Und zuletzt käme wohl gar noch die Forderung, daß niemand eine Zeitung herausgeben dürfe, ohne orthographisch schreiben zu können. Und wo blieben da Freiheit, Menschenrecht und Geschäft?

Greifbare Gestalt hat die Frage der Sonntagsarbeit gewonnen. Die Schriftsezer verlangen die Abschaffung der Montagsblätter der Zeitungen, ein Verlangen, so billig, daß darüber kein Wort zu verlieren wäre, und nur zu bedauern ist, daß die Sezer, stets einig in dem Begehren nach höhern Lohnsätzen, nicht auch so einig sind, jene Zeitungen, welche nicht nachgeben wollen, zu zwingen. Über dieses Thema — im allgemeinen, nicht bloß in Beziehung auf die Buchdrucker — äußerte sich ein dritter Abgeordneter in sehr charakteristischer Weise. Dem religiösen Bedürfnis werde er das Zugeständnis der Sonntagsfeier nicht machen, aber Ruhe brauche der Mensch. Dieser Redner nimmt eine hervorragende Stellung in der österreichischen Unterrichtsverwaltung ein. Sollen wir daraus schließen, daß in seiner — von A bis Z die oberflächlichste Leitartikelweisheit wiederholenden — Rede die im Ministerium bestehende Auffassung der sozialen Frage ausgedrückt worden sei? Das wäre beklagenswert aufs äußerste. Unsere Anforderungen an das Maß politischen Verstandes bei „Volksvertretern“ sind im Laufe der Zeit sehr bescheiden geworden, aber in der Regierung muß man doch eine höhere, die Erscheinungen in ihrem Zusammenhange betrachtende Anschauung voraussetzen, wenn man nicht dem Pessimismus verfallen soll.

Auf jeden Fall wird der Reichsrat, der jetzt zusammentritt, ein mehrfach verändertes Bild geben, und die materiellen Interessen werden sich nicht mehr so „akademisch“ behandeln und so von oben herunter abfertigen lassen.